

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Heftungsstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 128.

Montag, 5. Juni 1905, abends.

58. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethe-Strasse 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

An Stelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Bürgermeisters a. D. Herrmann und des verstorbenen Stadtrates Leipziger in Großenhain sind die Herren Bürgermeister Hermann Max Gotop in Großenhain

und Fabrikbesitzer, Stadtrat Richard Johannes Arnold, ersterer bis zum Schluß des Jahres 1910, letzterer bis zum Schluß des Jahres 1907 als städtische Abgeordnete der Bezirksversammlung gewählt worden. Großenhain, den 3. Juni 1905.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Uhlmann.

249 A.

Aufgehoben
ist die auf Dienstag, den 6. d. M. vorm. 9 Uhr im Auktionslokale hier und denselben Tag nachm. 2 Uhr im Grundstücke Poppitzerstr. 29 angeordnete Versteigerung. Riesa, den 5. Juni 1905.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Freibank Seerhausen.

Dienstag, den 6. Juni, von nachm. 7 Uhr an gelangt frisches Schweinefleisch, das Pfund 40 Pfg., zum Verkauf.
Der Gemeindevorstand.

Vertilches und Sächsisches.

Riesa, 5. Juni 1905.

— Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung Dienstag, den 6. Juni 1905, abends 6 Uhr. 1. Entwurf von Polizeivorschriften über den Handel mit Milch in der Stadt Riesa. 2. Ratsbeschluss, betreffend die Errichtung einer Fleischausgabehalle und einer Vorkühllhalle im städtischen Schlachthof und Verwilligung von 5750 Mk. hierfür aus verfügbaren Mitteln der 1898er Anleihe. 3. Ratsbeschluss über Abänderung der Bestimmung in § 5 des Polizeiregulations, das Prostituierten-Wesen in der Stadt Riesa betreffend. 4. Ratsbeschluss, betreffend Abänderung des § 3 Absatz 1 der Marktordnung für die Stadt Riesa. 5. Ratsbeschluss, betreffend Erlass von Desinfektionsgebühren. 6. Ratsbeschluss, die öffentlichen Schulfächerlichkeiten betreffend. 7. Restantenregulatio. — Geschäftliches. Ratsdeputierte: Herr Bürgermeister Dr. Dehne, Herr Stadtrat Pletschmann.

— Ein gefährlicher Einbrecher und ein findiger Gelegenheitsdieb haben gestern wieder hier „gearbeitet“. In dem Hausgrundstück Poppitzerstraße 25 hat sich ein Einbrecher nachmittags in der 6. Stunde durch Nachschlüssel oder Dittich Eingang in die Wohnung der zweiten Etage verschafft, dann in den Zimmern mittels etwa 1 1/2 cm starken Steinmessers ein Pult, Sekretär, Kleiderschrank, Kommode u. erbrochen und nach Geld durchwühlt, solches aber nicht gefunden und außer einem Paar Stiefelchen, die vernimmt werden, nichts gestohlen. In gleicher Weise ist der Einbrecher in eine Wohnung der dritten Etage eingedrungen, hat dort ebenfalls verschiedene Möbel erbrochen und nach Geld durchsucht, solches indes hier ebenfalls nicht gefunden und außer einem Schlüssel auch nichts mitgenommen. Den Einbruch verübt zu haben, ist dringend verdächtig ein junger Mensch, der in dem Hause gebettelt hat. Derselbe war bartlos, von mittlerer Statur, hatte kurze Haare, schwarze stehende Augen, auffallend lange spitze Nase, sahles Gesicht, er trug u. a. schwarzen weichen Filzhut, schwarzen Rock und weißes Vorhemdchen.

Arg geräubert worden ist ferner gestern abend in der Garderobe des Fußballclubs im Schlachthof. Es wurden gestohlen ein Paar Stiefelchen im Werte von 9 Mark, ferner aus einem Portemonnaie 10 Mk. 40 Pf. in bar, eine Remontoiruhr und ein Portemonnaie mit 50 Pf. Inhalt. Diese Diebstähle verübt zu haben ist ein junger Mann verdächtig, der gebeten hat, am Fußballspiel sich beteiligen zu dürfen und sich in die Liste als Kirken, Kaufmann aus Dresden, eingetragen hat. Der Benannte ist nach einiger Zeit vom Spiel weggetreten, ist im Schlachthofrestaurant eingelehrt und hat sich dann entfernt, nachdem er seinen Ueberrock angezogen, unter dem er vermutlich die gestohlenen Stiefelchen verborgen hat. Der mutmaßliche Dieb war von schlanker Statur, Gesicht länglich-rund, hatte auffallend rotes Haar und viel Sommersprossen. — Sachdienliche Wahrnehmungen, welche geeignet erscheinen, zur Ermittlung des Einbrechers oder des Diebes zu führen, wolle man auf der Polizeiwache melden.

— Im städtischen Schlachthof zu Riesa gelangten im Monat Mai zur Schlachtung 1033 Tiere und zwar: 6 Pferde, 167 Rinder (32 Ochsen, 25 Bullen, 108 Kühe, 2 Stiel Jungvieh), 218 Kälber, 494 Schweine, 143 Schafe, 1 Flegel, 4 Ferkel. Von diesen Tieren wurden als gänzlich untauglich für den menschlichen Genuss befunden: 2 Kühe, 1 Kalb. Als bedingt tauglich waren anzusehen: 5 Schweine, deren Fleisch in gefottem Zustande auf der Freibank zum Verkauf gelangte, während 4 Kühe, zwei Viertel von Rindern, 2 Kälber, 1 Schwein und eine Kalbskeule als tauglich aber minderwertig befunden und auf der Freibank in rohem Zustande verkauft wurden. Aufschlachtung fand statt bei einem Schweine. An einzelnen Organen waren zu ver-

nichten bei Rindern: 75 Lungen, 20 Lebern, 2 Darmkanäle, 16 sonstige Organe; bei Kälbern: 1 Lunge, 1 Leber, 2 sonstige Organe; bei Schweinen: 28 Lungen, 17 Lebern, 1 Darmkanal, 2 sonstige Organe; bei Schafen: 10 Lungen, 21 Lebern. Von auswärts wurden in den Stadtbezirk eingeführt: 14 Rinderviertel, 5 1/2 Schweine, 11 Kalbskeulen.

— Am 1. Juni ist in Niederoderwitz eine Fernsprech-Vermittlungsanstalt eröffnet worden. Am 5. Juni wird eine solche in Obercunnersdorf in Betrieb genommen werden. Zum Ortsbereiche der ersteren gehört die öffentliche Fernsprechstelle beim Kaiserlichen Postamt in Niederoderwitz und zum Ortsbereiche der letzteren diejenige beim Kaiserlichen Postamt in Niedercunnersdorf.

— Der Wahlaufzug der nationalliberalen Partei für das Königreich Sachsen für die im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen ist vorige Woche erschienen. Der Aufzug geht davon aus, daß seit den letzten Wahlen in der Zweiten Sächsischen Kammer von 82 Abgeordneten sich 57 zur konservativen Partei, dagegen nur 22 zur nationalliberalen Partei und 3 zu anderen Parteien rechneten. Bei solch großem Uebergewicht, das in der Ersten Kammer noch stärker sei, beherrsche die konservative Partei den Landtag allein. Nicht nur, daß ein Gesetz ohne ihre Zustimmung unmöglich sei, sie habe es auch in der Nacht, durch ihre Zweidrittelmajorität Verfassungsänderungen durchzusetzen. Dieses Uebergewicht möchte nach dem Wahlaufzuge der nationalliberalen Partei gehoben werden, und dazu habe der Landesauschuß der nationalliberalen Partei Sächsens folgende Forderungen aufgestellt: Reform der Ersten Ständekammer, damit Industrie, Gewerbe, Handel, Technik, Rechts- und Gesundheitspflege sowie das Unterrichts- und Erziehungs- und Gesundheitswesen in ihr gelehrt vertreten sei. Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer, und zwar nach der Richtung, daß die haltlos gewordene Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen wegfällt und daß ferner allen Klassen der Bevölkerung die Teilnahme an der Gesetzgebung gesichert sei, jedoch die Allein herrschaft eines Standes oder einer Klassenpartei, sei es der sozialdemokratischen oder der agrarischen, verhütet werde. Für ein bestimmtes Wahlrecht tritt der Aufzug nicht ein. Als unerlässliche Vorbedingung zu einer Wahlrechtsreform Sachsens wird jedoch in dem Aufzuge das Festhalten an einer geheimen Wahl erklärt. Das wirtschaftliche Programm, das in dem Aufzuge festgelegt ist, deckt sich im wesentlichen mit dem des Verbandes Sächsischer Industrieller; die Nationalliberalen wollen keine besondere Besteuerung von Gewerbe, Handel und Industrie. Sie beklagen im Interesse unserer industriellen Konkurrenzfähigkeit den Ausbau unseres Wasserstraßennetzes unter entschiedener Ablehnung der in Preußen geplanten Schiffahrtsgabgaben. Warm begrüßt wird die Anbahnung der Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft, ebenso die Vereinfachung der Eisenbahntarife. Aus dem Gebiete der Finanzwirtschaft fordern die Nationalliberalen vernünftige Sparsamkeit, die aber die nötigen Anforderungen für die wirtschaftliche und geistige Entwicklung des Landes gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Beamten nicht unerfüllt läßt. Sozialpolitisch soll der Mittelstand gefördert werden, besonders auch durch Ausbildung des Fachschulunterrichts. Es wird hervorgehoben, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sichern. Entsprechend dem allgemeinen Nationalliberalen Programm verkünden auch die sächsischen Nationalliberalen als ihre Grundsätze: Abwehr der ultramontanen Uebergriffe, Schutz der „sächlichen“ freien Meinungsäußerung, Bekämpfung der behördlichen und gesellschaftlichen Einschüchterung und Nachregelung wegen politischer Anschauung, sowie Schutz der politischen Unabhängigkeit der Beamten. Nach dem Versprechen, alle Uebelstände und Mängel in Gesetzgebung und Verwaltung genau zu prüfen, denn aber ohne Rückhalt zur Sprache zu bringen, heißt es in dem

Aufruf zum Schluß: „Erfüllt von Heimatsliebe fördern wir alle Schritte, die geeignet sind, unser Sachsenland vom Ruße des politischen Rückschritts und des roten Königreichs zu befreien. Weil wir überzeugt sind, daß jeder politische Rückschritt die Zahl der sozialdemokratischen Mitläufer und Wähler vermehrt und ein von einseitig konservativ-agrarischen Interessen beherrschtes Staatswesen unmöglich den berechtigten Forderungen der Zeit gerecht werden kann, halten wir eine starke liberale Mittelpartei in Sachsen für unentbehrlicher als je. Das politische Leben in Sachsen ist nicht, wie es sein soll. Beide Schichten sind ihm entfremdet oder neigen zu radikaler Auffassung. Doch die bloße Verneinung schafft nicht Wandel. Das vermag allein die auf positive Ziele gerichtete ehrliche politische Arbeit.“

— Am 29. vorigen Monats und folgende Tage hat eine abermalige Auslosung Königlich Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die auf 3 1/2 % herabgesetzten, vormals 4 % Staatsschulden-Kassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62/66 und /68, 3 1/2 % dergleichen vom Jahre 1867, auf 3 1/2 % herabgesetzten, vormals 4 % dergleichen vom Jahre 1869 und die durch Abstempelung in 3 1/2 % und 4 % Staatspapiere umgewandelten Vöbau-Zittauer Eisenbahnaktien Lit. A und B, ingeleichen die den 1. Dezember 1905 zurückerzahlenden, auf den Staat übernommenen 3 1/2 % Partialobligationen von den Jahren 1839/41 der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie betroffen worden sind. Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdner Journal und dem Dresdner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirkssteuerämtern, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen aufgelosten bezuglich abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Interessenten zu ihrem Schaden die Auslosungen übersehen. Es können dieselben nicht, genug davor gewarnt werden, sich dem Irrtum hinzugeben, daß, so lange sie Zinscheine haben und diese unbeanstandet eingelöst werden, ihr Kapital ungefährdet sei. Die Einlösungsstellen können eine Prüfung der ihnen zur Zahlung präsentierten Zinscheine nicht vornehmen und lösen jeden echten Zinschein ein. Da nun aber eine Verzinsung ausgeloster und gefährdeter Kapitale über deren Fälligkeitstermin hinaus in keinem Falle stattfindet, so werden die von den Beteiligten infolge Unkenntnis der Auslosung zu viel erhobenen Zinsen seinerzeit am Kapitale gekürzt, vor welchem oft empfindlichen Nachteil sich die Inhaber von Staatspapieren nur durch regelmäßige Einsicht der Ziehungslisten (der gezogenen wie der verbleibenden Nummern) schützen können.

— Der sächsische Gastwirteverband hat neuerdings beschlossen, sich gemeinsam mit dem Verbands der Saalinhäber an den diesjährigen Landtagswahlen insofern aktiv zu beteiligen, als die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen dem parteipolitischen Standpunkte vorangesehen werden soll. Es werden deshalb die Verbände an alle für Wahl stehenden Kandidaten ein Schreiben richten, worin um Erklärung zu einer Reihe von Fragen gebeten werden wird, die die Interessen der Wirte berühren. Würden die Kandidaten versichern, in allen den Fragen für den Gastwirtsstand einzutreten, so werde man es, als einen Akt des Dankes und als Pflicht ansehen müssen, ihnen die Stimme bei der Wahl zu geben.

— Feldposten aus Afrika sind im Laufe des Monats Juni im ganzen fünf zu erwarten. Die erste traf gestern in Berlin ein. Sie hat Swatopmund am 9. Mai mit dem Reichspostdampfer nach Kapstadt verlassen. Erst